Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Wochentags v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 8–½9 u. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klotzsche 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine oder nach Zeitungen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Frühjahrs-Anzüge, fertig u. nach Maass.
Robert Eger & Sohn, Frauenstr. 5, vis-à-vis dem Plau.

Steingut unter Bazar-Preisen
2 Mk. Waschgeschirre bunt
Alles Bedarfsgeschirr
J. G. Klingner No 3. Waisenhausstr.

WEIN-Handlung -Stuben Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Atelier für feine Corsets nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Waisstr. 25.

Bettfedern und Daunen, Elderdaunen, fertige Betten und Inlete empfiehlt in grosser Auswahl
Julius Udluft, Königl. Sächs. Hoflieferant. An der Mauer 3 1. Gegründet 1867.

Nr. 67. Spiegel: Ergebnisse der Liegnitzer Wahl, Antisemiten und Conservative. Hofnachrichten. Bund der Landwirthe. Gesammtrathsitzung. Bogenschützenball, städtische Markthalle, Gerichtsverhandlungen. „Uriel Acosta", Marx Krebs-Concert, „Zwei glückliche Tage". **Mittwoch, 8. März.**

Politisches.

Noch einmal ist es den Freisinnigen gelungen, den Sturm auf ihre Hochburg Liegnitz abzuschlagen. Es will scheinen, als sei es das letzte Mal gewesen. Schon jetzt mag in ihren Reihen trotz des lauten Siegesjubels das trübe Wort coursiren, das einst Pyrrhus nach der Schlacht von Askulum sprach: „Noch einen solchen Sieg und ich bin verloren." Ist doch Liegnitz bisher der sicherste Hort des Freisinns gewesen, so sicher, wie in früheren Tagen unser Zittau, des Hrn. Buddeberg angeflammter Erbsitz. Wie aber Hr. Buddeberg eines schönen Tages vom stadtväterlichen Throne herabglitt, wie in Zittau aus den Ruinen des manchesterlich verknöcherten Freisinns in nicht allzuferner Zeit die schöne Blume deutschnationalen Lebens sprießen wird, so wird auch Liegnitz fallen, und trauernd wird Eugen Richter dabeistehen.

Es war vielleicht ein Fehler, daß die Antisemiten, ehe die Schlacht geschlagen war, allzugroßen Siegesjubel zur Schau trugen. Als Entschuldigung mag es dienen, daß lokale Erfolge, begeistert verlaufene Wahlversammlungen und Zustimmungserklärungen gar zu leicht in ihrer Bedeutung für das Ganze überschätzt werden. Aber andererseits sollte man doch erwägen, daß vorzeitiger Siegesjubel, wenn er nachher nicht den Erfolg für sich hat, einen doppelt fühlbaren Rückschlag herbeiführt. Wenn die Botschaft gekommen, dann ist es noch immer Zeit, Feste zu feiern. Doch das nebenbei, es gilt nicht nur für Liegnitz, sondern auch für andere Fälle. In Liegnitz konnte der Ausgang nach den Resultaten der Hauptwahl kaum zweifelhaft sein. Nicht nur ein Vorsprung von 1000 Stimmen kam zu Gunsten des Freisinnigen Jungfer in Betracht, sondern auch die Thatsache, daß fast 5000 sozialdemokratische Stimmen zur Verfügung standen, die, zu den ersteren addirt, für Hrn. Jungfer eine Summe von 15½ Tausend Voten ergaben, während man als Hilfstruppen für Hertwig höchstens einen Theil der „auch-konservativen" Gefolgsleute des Rechtsanwalts Pallaske mobilisiren, also außer den 5700 Urstimmen noch höchstens 1300 konservative, mithin im Ganzen 7000 Stimmen erhoffen konnte. Erschwerend kam hier für die Gegner des Freisinns zweierlei in Betracht: die von der Berliner Parteileitung an die Sozialdemokratie gegebene, wenn auch halbverhüllte Ordre, für den Vetter vom Freisinn einzutreten, andererseits die Verblendung des Hrn. Pallaske, der seinen Freunden Enthaltung empfahl. Nun hat jedoch, abgesehen von einigen noch ausstehenden Dörfern, Hr. Hertwig 8872 Stimmen erhalten, mithin fast dreitausend Stimmen mehr als bei der Hauptwahl, während das Gefolge seines Gegners nur um 2000 Stimmen wuchs. Diese Zahlen geben zu denken, denn sie zeigen vor Allem deutlich, daß für den Antisemiten nicht etwa, wie jetzt behauptet wird, nur frühere Konservative eintraten, sondern daß die werbende Kraft der jungen Bewegung weit hinein in die Reihen der anderen Parteien ihre Wirkung ausübt. Und davon ist der Freisinn nicht ausgenommen, ja, es ist nicht nur eine Vermuthung, sondern eine positive Thatsache, daß Männer, die noch in der Hauptwahl für Hrn. Jungfer eintraten, in der Stichwahl sich belehrten; ja es ist vorgekommen, daß eine große Anzahl derselben in offener Versammlung nach den Reden Ahlwardt's und seiner Freunde ihren Gesinnungswechsel bekannten. Unter den 3000 Stimmen, die jetzt Hertwig erhielt, befindet sich manch eine, die bisherigen Fortschrittsleuten gehörte. Und wenn außerdem ein Theil der Sozialdemokraten trotz der Berliner Parole und trotz aller Singer der Welt für den Antisemiten stimmte, so sehen wir hierin einen zweiten erfreulichen Erfolg. Denn hier wie dort schöpfen wir die Ueberzeugung, daß die Leute, die bisher blind wie Hödur der rothen und der goldenen Internationale folgten und die blind wie Hödur ihre Geschosse richteten gegen den Baldur des deutschen Völkerfrühlings, daß sie durch den Antisemitismus zurückgewonnen werden können für nationale Aufgaben und Pflichten. Mit der Konstatirung dieser Thatsache gelangen wir zu einigen Gesichtspunkten allgemeiner Art.

Die antisemitischen Parteien haben einen Entwickelungsprozeß hinter sich, wie ihn die Weinbeere durchmacht. Auch hier brausende Gährung, schäumender Most. Im eigenen Lager kam es zu mancherlei Zwist, der Ehrgeiz einzelner Führer hinderte das Gedeihen. Jetzt will es scheinen, als seien die Kinderkrankheiten überwunden, die Streitigkeiten sind beigelegt, das Gemeinsame soll in Zukunft hervorgehoben werden und nicht das Trennende. So tritt in den Kreis der alten Parteien die junge Partei, frisch an Kräften, reich an Hoffnungen und vollberechtigt, Rücksicht und ernste Beachtung zu verlangen. In kommenden Wahlen wird sie an mehr als einer Stelle das Heft des Messers in der Hand haben, und die Macht der von ihr am schärfsten betonten Ideen wird in das Gefüge der anderen Fraktionen bedeutsam dringen. Wie die Konservativen, so werden auch die Klerikalen ihren Zuschnitt verändern müssen, wenn anders sie nicht das Schauspiel von Kelheim zum Typus aller kommenden Wahlschlachten werden lassen wollen. Das Beispiel des Kaplans Dasbach, der im preußischen Landtage Schulter an Schulter mit Stöcker kämpfte, darf nicht vereinzelt bleiben. Aber das ist eine Sache für sich; wichtig ist es, daß die antisemitische Partei in Zukunft klar und folgerichtig ihre Aufgabe erfüllt. Und diese Aufgabe liegt vor allen Dingen darin, den antisemitischen Gedanken dort zu verbreiten, wo er noch keine Wurzel schlug, Wähler zu gewinnen, die bisher dem Freisinn, dem Centrum, dem Sozialismus folgten, Wahlkreise zu erobern, die antinationale Vertreter entsandten. An vielen Stellen ist hierzu der Anfang gemacht, Liegnitz gehört dazu und auch Zittau, und in den Versammlungen im Plauen'schen Grunde und sonst auf dem flachen Lande um Dresden hat der Antisemitismus gewaltige Bresche gelegt in die Mauern der Demokratie. Das sind große Erfolge, denen neue folgen werden. Und wenn jetzt in Berlin jenen „Auch-konservativen" der Kampf angekündigt wird, die, wie Pallaske, im Stichwahlkampf den Antisemiten verlassen oder die wie Helldorff dem Antisemitismus die Berechtigung absprechen — sächsische Namen zu nennen sei vorläufig vermieden —, dann werden die konservativen Anhänger des Tivoliprogramms diesen Schlachtruf verstehen und billigen. Denn enger ist das geistige Band zwischen einem Stöcker und einem Liebermann, als zwischen einem Stöcker und einem Helldorff. Noch ist von konservativer Seite die volle Konsequenz nicht vollzogen, noch ist die „reinliche Scheidung", von der man so viel gesprochen, nicht erreicht worden, noch sitzen behaglich nebeneinander die Männer, die das Judenthum offen bekämpfen, und jene Anderen, die sich mit ihm assoziiren; erst wenn hier Wandel geschaffen wurde, wenn die Hammerstein, Wackerbarth, Werdeck, Stöcker nicht mehr neben den Helldorffianern tagen, dann wird das Gefechtsbild klar sein, dann werden auch die Antisemiten zwischen offenen Freunden und geheimen Feinden sichten können, dann werden aber auch sie bereit sein müssen, dort Opfer zu bringen, wo nur das Parteiinteresse, nicht die antisemitische Idee in Frage steht.

Schon jetzt ist es klar, ob nun der jetzige Reichstag aufgelöst wird oder seinem natürlichen Ende entgegenschlummert, daß nicht die Militärvorlage, sondern die Judenfrage den Kern des kommenden Wahlkampfes bilden wird. Wie das Feuer fortzungelt durch Gebälk und trockene Sparren, so ist in wenigen Jahren die Flamme des antisemitischen Gedankens hingezogen über ganz Deutschland. Nicht eine künstliche Agitation hat diese Flamme genährt, sondern die Macht erschreckender Thatsachen. Wirksamer agitirten die Gattel und Saling, die freigesprochen wurden von Schuld und Fehle, wirksamer agitirten die Sommerfeld, Wolff, Volke und Löwy, wirksamer auch die Güterschlächter in Hessen und Pommern, als alle Redner. Und deutlicher sprechen die skandalösen Vorgänge an der Getreidebörse, sprechen die Frechheiten semitischer Blätter, als alle Darlegungen der nationalen Presse. Die Rohheiten, mit denen der jüdische Freisinn einen Bismarck verfolgte, haben in manchem deutschen Herzen den antisemitischen Gedanken sicherer entzündet, als jegliche Agitation, und der Prozeß Ahlwardt, das Verfahren gegen Paasch, die Maßregelung Stöcker's, der Brief Löwe's an Boulanger brachten Früchte zur Reife, die sonst vielleicht im Schatten erfroren waren. Mit der Macht der jungen Bewegung gebührend zu rechnen, das wird die Aufgabe der konservativen Partei sein, und das Siegel wirklicher staatsmännischer Begabung wird sie nur dann besitzen, wenn ihre Rechnung einst stimmt. Li—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. März.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung Marineetat. Der Referent Abg. Fritzen (Centrum) theilt u. A. mit, daß der Staatssekretär in der Kommission die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in der Marine für unthunlich bezeichnet habe. — Abg. v. Henk (kons.) bedauert, daß der Marine seit einigen Jahren ein geringeres Wohlwollen entgegengebracht werde; man höre die Ansicht, daß die Flotte bei einem künftigen Kriege keinen entscheidenden Einfluß üben werde, aber wir werden nicht auf so rasche Siege rechnen dürfen wie 1870, und die feindliche Flotte werde deshalb mehr Spielraum haben. Man sagt, wir sollten uns auf die Küstenvertheidigung beschränken, aber selbst dazu bewillige man nicht die nöthigen Mittel. Unsere Flotte müsse auch in der Lage sein, offensive Vorstöße zu machen und dazu bedürfe man neben den Bazillen des Meeres, den Torpedobooten, auch der Schlachtschiffe. Er bitte deshalb rechtzeitig, die Mittel für das, was noththut, zu bewilligen; auch um Bewilligung der von der Kommission gestrichenen Trocken-Docks bitte er. (Beifall rechts.) — Der Chef des Marineamts wird genehmigt. Bei der Matrosen-Artillerie-Abtheilung beantragt die Kommission Streichung mehrerer Offiziers- und Mannschaftsstellen. — Abg. Hahn (kons.) u. Gen. beantragen die Bewilligung dieser Position. — Staatssekretär Vicеadmiral v. Hollmann befürwortet die Forderung mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit einer Verstärkung der Besetzung unserer Küstenbefestigung; bei Streichung jener Forderung würde geradezu ein Nothstand entstehen. — Abg. v. Henk (kons.) tritt gleichfalls für die Bewilligung ein. — Abg. Scipio (nl.) erklärt, seine Freunde bewilligten die Forderung im Interesse des Schutzes von Cuxhaven, welches als Ausgangspunkt des Nordostseekanals gesichert sein müßte. — Nachdem sich noch Abg. Liegens (Centr.) für die Forderung erklärt hatte, wird dieselbe bewilligt. — Beim Titel Betrieb der Flotte hat die Kommission zusammen 775,000 Mk. gestrichen. Der Referent theilt mit, daß bei dieser Gelegenheit gerade der Kohlenbezug aus dem Auslande in der Kommission zur Sprache gekommen sei. Es sei zum Bezug englischer Kohlen geschritten worden, weil es nicht gelang, die heimischen Zechen zu regelmäßigem Verfahren, zur Abgabe angemessener Offerten zu bewegen. Die Kommission beantragt, in einer Resolution auszusprechen, daß die Marineverwaltung hierbei den gebotenen wirthschaftlichen und finanziellen Rücksichten entsprechend gehandelt habe. — Abg. Dr. Hammacher (nl.) bestreitet, daß die westfälischen Zechen von der Marineverwaltung übertriebene Preise gefordert hätten, bei der zweiten Submission seien überhaupt nur englische Händler zur Offerte aufgefordert worden. Der Unterschied zwischen der englischen Gesammtforderung und der westfälischen betrage nur ca. 5000 Mk. Auf die heimischen Zechen sollte umsomehr Rücksicht genommen werden als von dem höheren Preis der westfälischen Kohlen ein beträchtlicher Theil auf die Transportkosten entfalle. Der westfälische Preis von 9 Mk., der der Marineverwaltung zuletzt gestellt wurde, sei geradezu ein Verlustpreis. — Staatssekretär v. Hollmann bittet, von Abstrichen bei diesem Kapitel Abstand zu nehmen; in der Hauptsache handle es sich hier um Schutzwerke und vermehrte Indienststellung zu Ausbildungszwecken; mit den Artillerie-Schulschiffen sei nicht mehr auszukommen. Ferner bedürfe es einer dritten Torpedo-Division. Die Kohlen-Offerten der heimischen Zechen seien so außerordentlich hoch gewesen, daß von einer Aufforderung zur zweiten Submission Nichts zu erwarten war. In derselben Zeit, in der von der Marineverwaltung 12½ Mk. per Tonne gefordert wurden, hätten dieselben Zechen die Kohlen in Hamburg um 3 Mk. billiger angeboten, das mache insgesammt einen Preisunterschied von 200,000 Mk. In einer Zeit, in der der Marine der Brotkorb so hoch gehängt werde, dürfe dieselbe nicht unnütze Ausgaben machen. Wenn man die „nationalen Bestrebungen" dahin verstehe, der Marine die Kohlen zu vertheuern, so lasse sich doch die Marineverwaltung nicht als melkende Kuh betrachten. — Abg. Beckh (fcz.): Handelte es sich um eine geringe Differenz, so könnte man wohl verlangen, daß die Marineverwaltung das Inland bevorzuge; aber im vorliegenden Falle hätten die westfälischen Zechen übertrieben hohe Preise gefordert. Angesichts des Kohlen-Syndikats müßten die Reichs- und Staatsverwaltungen um so mehr darauf achten, daß die Kohlenpreise nicht zu hoch getrieben würden, als die Privatindustrie dem Syndikat viel weniger Widerstand leisten könne. Leider gehe der preußische Staat mit der Bildung des Kohlenringes mit schlechtem Beispiel voran. — Abg. Dr. Hammacher (nl.): Daß die Marine im Mai vor. Jahres die hohen Kohlenofferten abgelehnt habe, billige er, nicht aber, daß die Marine im September bei geringer Preisdifferenz das Ausland bevorzugt habe. — Abg. Graf Kanitz (kons.) erklärt ein Urtheil über das Kohlen-Syndikat noch für verfrüht; hoffentlich werde es sich vor Mißbräuchen hüten. — Abg. Broemel (freis.) legt mehr Gewicht auf die beantragte Resolution, als auf die frommen Wünsche des Vorredners. — Das Kapitel wird mit den von der Kommission beantragten Abstrichen bewilligt und die Resolution nahezu einstimmig angenommen. — Bei dem Kapitel Instandhaltung der Flotte und der Werften sprach Abg. Dr. Hirsch (freis.) seine Genugthuung über den Fortfall der Bestimmung aus, daß Arbeiter über 50 Jahre bei den Werften nicht mehr angenommen werden sollen und hofft, daß die anderen Reichs- und Staatsverwaltungen diesem Beispiel folgen werden. Er bittet um Berücksichtigung der Petition eines Werftarbeiters, dem eine, ihm aus der Werft-Unterstützungskasse gewährte Summe von monatlich 21 Mk., auf die ihm vermöge seiner Beiträge ein Anspruch zustehe, nach Empfang von 16 Mk. Altersrente um diesen letzteren Betrag gekürzt worden sei. — Staatssekretär v. Hollmann sagt Untersuchung des Falles und eventuelle Berücksichtigung zu. Die Leistungsfähigkeit der anzunehmenden Arbeiter zu beurtheilen, müsse man den betreffenden Behörden überlassen. — Das Kapitel wird bewilligt, die Weiterberathung vertagt. — Abg. Graf Ballestrem (Cent.) beantragt, morgen Anträge aus dem Hause auf die Tagesordnung zu setzen, damit der Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes noch vor Ostern berathen werden könne. — Bei Abstimmung über diesen Antrag wird Auszählung nöthig: Für den Antrag stimmen 81, dagegen 70 Mitglieder; das Haus ist somit beschlußunfähig. — Morgen: Weiterberathung des Marineetats.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus führte die zweite Berathung des Etats zu Ende. In die dritte Berathung wird bereits morgen eingetreten. Eine längere Debatte veranlaßte der Etat der Ansiedelungskommission bezw. der dazu gestellte Antrag der Polen, die Regierung zu ersuchen, thunlichst bald, womöglich noch in der laufenden Session, eine Vorlage zur Beseitigung des Ansiedelungsgesetzes einzubringen. Schließlich wurde der Antrag abgelehnt; dafür stimmten Polen, Centrum und Freisinnige. Der Etat der Ansiedelungs-Kommission wurde angenommen. — Der Bezirksausschuß wies die Klage Gerhard Hauptmann's gegen das Berliner Polizeipräsidium wegen des Verbotes der Aufführung des Schauspieles „Die Weber" ab. Hauptmann will nun an das Oberverwaltungsgericht gehen. — Dem Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Unruhe-Bomst ist bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste vom Kaiser der Charakter als Wirkl. Geh. Rath mit dem Titel Excellenz verliehen worden. — In der Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages wurde der Antrag, der vom deutschen Buchhandel am meisten angefochten ward, daß vom Feilbieten und Umhertragen auch Druckschriften und Bildwerke ausgeschlossen sein sollten, wenn sie in Lieferungen vertrieben werden, abgelehnt; dagegen fand die Bestimmung Annahme, daß bei Lieferungswerken die Zahl der Lieferungen und der Gesammtpreis anzugeben ist. — Der Kriminalkommissar v. Arnauld, der in dem Prozeß des Schwindelbankiers Levy verwickelt war, saß heute auf der Anklagebank, beschuldigt, 94,000 Mk. in Wechseln aus dem Geschäft von Levy in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen und durch Drohung, Beleidigung von Levy verlangt zu haben. Die Sache wurde vertagt bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Levy'schen Bankerotts. Der Angeklagte wurde aus der Untersuchungshaft entlassen. — Der Thurm des alten Domes, der jetzt abgebrochen wird, soll mit Genehmigung des Kaisers durch Mannschaften des Eisenbahnregiments mit Dynamit gesprengt werden. — Die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses beantragte die Petition des Direktors Beeger in Leipzig, Vorstand der pädagogischen Central-Bibliothek „Comenius-Stiftung", um Bewilligung einer jährlichen staatlichen Unterstützung an die Comenius-Stiftung, zu begründen.

Berlin. Die am Sonnabend in Dresden zusammentretende europäische Sanitätskonferenz hat im Wesentlichen den Zweck, Vereinbarungen zu treffen, durch welche verhütet werden, daß bei Ausbruch von Seuchen Handel und Verkehr auf's Neue in demselben Maße geschädigt werden, wie es in dem vergangenen Jahre der Fall war. — Die Militärkommission setzte die Berathung des § 2 fort, ohne zu einer Abstimmung zu gelangen. Nachdem sich Abg. Hinze für die hohen Etats verschiedener Regimenter ausgesprochen hatte, erklärte Abg. Richter, es sei nicht richtig, Folgerungen daraus zu ziehen, wenn sich ein Kommissionsmitglied, das Sachverständiger sei, aus militärischen Gründen für eine Sache aussprechen. Bei seiner Partei werde die Vorlage keine oder geringe Unterstützung finden.

Berlin. Die „Staatsbürger-Zeitung" kommt bei Besprechung der Kirchenwahl in der Zionsgemeinde bei der hauptsächlich die Agitation durch Juden bewirkt worden ist, zu dem Schlußsatze: Es ist noch niemals einem christlichen Deutschen eingefallen, sich um die Vorgänge in den jüdischen Gemeinden zu kümmern, während gerade Juden es sind, die sich unberufener Weise in die Angelegenheiten der christlichen Kirche mischen.

Breslau. Drei 17jährige Burschen lauerten in Königshütte einem Arbeiter auf und ermordeten ihn auf offener Straße durch zahlreiche Messerstiche. — Bei dem Postschaffner Witteck in Ratibor, welcher seit 1870 Briefe und Packete plünderte, wurde anläßlich einer Haussuchung ein ganzes Lager von Waaren und Werthgegenständen gefunden.

Aachen. Auf der Grube „Langberg" sind infolge eines Wasserbruches ein Bergschüler und ein Bergmann 120 Meter in die Tiefe geschleudert und sofort getödtet worden.

Hannover. Am Montag fand hier ein deutsch-sozialer Parteitag statt, auf dem die Bildung eines deutsch-sozialen Provinzialverbandes für Nordwest-Deutschland beschlossen wurde. Der Redner des Tages war Liebermann v. Sonnenberg.

Marienburg. Der Eisgang der Nogat fängt an verhängnißvoll zu werden, das Eis liegt in meilenlanger Stockung.

Friedrich & Glöckner empfehlen ihre geschätzten Schnell-trocken-Firnisfarben als weiden Anstrich, Schnelltrocken-Lackfarben als weiden Anstrich.